

„Russland und Europa sind auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen“

ENERGIEPOLITIK: Weltweit sind die Energiemärkte von großen Unsicherheiten gekennzeichnet, meint Kirsten Westphal, zuständig für internationale Energiepolitik beim Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit (SWP) in Berlin. Beim Erdgas halten sich die traditionellen Förderländer mit Investitionen zurück. Westphal erwartet auch für die Zukunft steigende Energiepreise.

VDI nachrichten, Düsseldorf, 14. 12. 12, has

VDI NACHRICHTEN: Nach einer Prognose der Internationalen Energie-Agentur IEA werden die USA bald vor Saudi-Arabien der weltweit größte Öl- und Gaslieferant sein. Wie stichhaltig ist diese Prognose?

WESTPHAL: Die USA scheinen mittelfristig weitgehend unabhängig von Energieimporten zu werden und profitieren momentan von niedrigen Energiepreisen. Die Aussagen der IEA beziehen sich auf die Förderung des sogenannten Light-Tight-Öls, das aus Gestein herausgepresst wird, und auf Schiefergas-Vorkommen. In den USA gibt es das Interesse, gerade die Fracking-Technik zu fördern. Außerdem ist Energie-Autarkie ein Leitziel der US-amerikanischen Außenpolitik. Was die weltweite Entwicklung dieser sogenannten unkonventionellen Reserven angeht, so besteht auch ein politisches Interesse an einer solchen positiven Einschätzung dieser Reserven weltweit.

Lässt sich aus der IEA-Prognose schließen, dass die Reserven so groß sind, dass keine Versorgungsprobleme auftreten werden?

Prognosen der IEA fielen häufig zu Gunsten fossiler Energieträger aus. Die IEA lag, was die Ausbauraten erneuerbarer Energien angeht, oft daneben. Ich halte es sogar für gefährlich, wenn die IEA-Prognose so gelesen würde, dass das Erreichen des Förderplateaus im Raum der OECD herausgeschoben wäre. Es wäre problematisch, wenn man sich nach diesem Energie-Ausblick zurücklehnt und sagt, wir bekommen gar kein Versorgungsproblem aufgrund der hohen Reserven. Der IEA-Prognose liegt nämlich ein Szenario zugrunde, das von weiteren Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz weltweit ausgeht. Dass dies auch passiert, kann keineswegs als gesetzt gelten.

Ein größeres Angebot an Erdöl und Gas könnte die Preise sinken lassen. Halten Sie das für realistisch?

Die Frage ist doch, ob die geologischen und technologischen Potenziale voll ausgeschöpft werden. Ich gehe nicht davon aus, dass die Gaspreise in Europa deutlich sinken werden. Derzeit sind sie vier- bis fünfmal so hoch wie in Nordamerika und achtmal so hoch wie im asiatisch-pazifischen Raum. Eine große Rolle

wird spielen, in welchen Mengen und zu welchen Preisen die USA Flüssiggas in den Handel bringen. Neben Nordamerika gibt es einen weiteren Mitspieler, von dem die Preisbildung perspektivisch vor allem in Europa, aber auch weltweit, abhängt, das ist China.

Das bedeutet: Trotz eines steigenden Angebots an Gas bleiben die Preise relativ hoch?

Davon gehe ich aus, wenn die weltweite Nachfrage nicht aufgrund einer neuen Krise einbricht. Die IEA schaut mit dem geologischen, technischen und einem abstrakt ökonomischen Blick auf die Vorräte und fragt, was sich unter heutigen Bedingungen fördern lässt. Das betriebswirtschaftliche Kalkül der multinationalen Unternehmen und geopolitische Fragen spielen bei der Analyse keine Rolle. Die Energiemärkte sind aber auch weiterhin von großen Unsicherheiten gekennzeichnet. Das wirkt preistreibend.

Welche Unsicherheiten sind das?

Unklar ist derzeit, wie sich die Nachfrage in Europa entwickeln wird. Deshalb werden Investitionen in die Förderung verschoben. Das gilt für die großen herkömmlichen Gaslieferanten Norwegen, Russland und Katar. Russland etwa verschiebt die Entscheidung über eine Förderung im Shtokman-Gasfeld in der Arktis. Hinzu kommen politische Unsicherheiten, vor allem im Nahen Osten und in Nordafrika. In Europa schaut man auf Algerien als den großen Gaslieferanten für Südeuropa. Das könnte sich als trügerisch erweisen. In Algerien zum Beispiel ist die Nachfrage nach Energie enorm, sie steigt zwischen 12 % und 20 % im Jahr. In Ägypten ist die Situation ähnlich, dort werden Exportverträge auch wegen der steigenden Binnennachfrage korrigiert.

Werden die Öl- und Gasreserven in den USA zu einem Bedeutungsverlust des Nahen Ostens führen?

Davon ist nicht auszugehen. Für die weltweite Energieversorgung wird diese Region weiterhin eine zentrale Rolle spielen. Auch in den IEA-Szenarien wird schon nach 2020 die Opec zum größten Teil den globalen Ölverbrauch decken müssen. Deswegen ist die momentane geopolitische

Entwicklung ein Grund für mehr Aufmerksamkeit: Die zunehmende Selbstversorgung der USA führt zu einer Umlenkung der Handelsströme. Der Nahe Osten wird verstärkt in den asiatisch-pazifischen Raum liefern. Schon jetzt gehen 80 % des saudischen Öls dorthin. Aufgrund seiner Rolle als Swing-Produzent in der Opec aber wird Saudi-Arabien immer der Hauptspieler bleiben.

Welche Rolle wird der Irak spielen?

Der Irak, der über große Öl-Reserven verfügt, wird eine wichtige Rolle spielen. Allerdings sind beim Irak Fragezeichen angebracht, weil bei der Abschätzung seiner Reserven auch politische Interessen hineinspielen. Zur Realisierung der Projekte ist politische Stabilität wichtig. Parallel dazu schwindet aber das unmittelbare energiepolitische Interesse der USA am Nahen Osten, weil die USA sich von dieser Region als Lieferant abkoppeln. Ob die USA deswegen weiter die Rolle der Ordnungsmacht in dem Maße ausfüllen werden, und welche möglichen Konsequenzen das haben wird, ist offen. Man kann allerdings annehmen, dass das handelspolitische Interesse des Westens am Nahen Osten groß bleiben wird, schon wegen der Bedeutung für die Ölpreise. Und weil der Westen daran interessiert ist, den freien Ölfluss aus der Region aufrecht zu erhalten.

Welche Folgen hätte es für Europa, wenn sich die USA aus dem Nahen Osten zurückziehen?

Historisch haben die USA und Europa als Konsumenten an einem Strang gezogen. Nun verschieben sich die Interessenlagen, damit verliert Europa den wichtigsten energiepolitischen Partner. Es ist schwierig einzuschätzen, was es heißt, wenn den Amerikanern das unmittelbare energiepolitische Interesse an der Region fehlt. Wie übersetzt sich das in die sicherheitspolitische Strategie im Nahen Osten? Inwieweit würde China ein mögliches Vakuum füllen, um den freien Transit etwa durch das Nadelöhr der Straße von Hormuz zu ga-

rantieren? Wird das Land dabei freie Weltmärkte als Zielvorstellung haben? Diese kommenden Fragen zeigen, dass die Europäer darüber in engem Dialog mit den USA bleiben müssen, wie man diese neuen energie- wie sicherheitspolitischen Herausforderungen auffangen kann.

In welchem Rahmen müssen diese Herausforderungen bewältigt werden?

Dabei spielen zuvorderst internationale Institutionen wie die IEA oder das Internationale Energieforum, aber auch die Nato eine Rolle, wenn es um die Sicherung von freien Handelswegen geht. Energiepolitisch wird für Europa Russland der entscheidende Partner bei Öl und Gas bleiben.

Sind die Russen auch auf Westeuropa angewiesen?

Auf jeden Fall. Russland und Europa sind auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen. Die Strategie von Gazprom, in westeuropäische Energieunternehmen einzusteigen, macht das deutlich. Damit sind beide Partner nicht ganz glücklich, aber mittelfristig ist die bleibende wechselseitige Abhängigkeit absehbar, auch als Folge der jüngsten Pipeli-neentscheidungen.

Wird China zu einem Konkurrenten oder einem Partner des Westens in der Energiepolitik?

China verschafft sich seit Längerem aggressiv den Zugang zu Ressourcen weltweit. Aber das ist keine militärische Aggressivität, eher ein konsequentes Streben nach exklusivem Zugangs- und Nutzungsrecht. Dabei ist aber die Präsenz Chinas in den rohstoffreichen zentralasiatischen Ländern für Europa keine schlechte Nachricht, denn damit ist das Monopol Russlands aufgebrochen. Da sehe ich auch keine Allianz zwischen Russland und China, auch wenn das manchmal so gedeutet wird.

HARTMUT STEIGER

Das Interview vollständig unter www.vdi-nachrichten.com/westphal

Kirsten Westphal,

- Jahrgang 1969, ist zuständig für internationale Energiepolitik beim Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit in Berlin. Das Institut berät auch die Bundesregierung,
- Westphal war u. a. an der Universität Gießen, am Institut für Europäisch-Lateinamerikanische Beziehungen in Madrid und bei PreussenElektra tätig. has



Foto: SWP